

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Telefon: 20951

spd/II/33

Hannover, 25.4.1947 - Bl. 1

Vorausgesetzt dass

Von Fritz Sänger, MdL, Hannover

Was wird die SPD jetzt in den Ländern der britisch besetzten Zone tun, nachdem sie einen so eindeutigen Wahlsieg errungen hat? Die Frage ist so häufig wie ubflussig. Die SPD hat sich an dem Kampf um die Mandate in den ersten gewählten Landtagen nicht beteiligt, damit sie nun tatenlos beiseite steht und mit ansieht, was die anderen tun. Sie will ihr politisches Ziel erreichen, die Demokratisierung und Sicherung der deutschen Republik, sie will den hungernden Massen Brot geben, Arbeitsmöglichkeiten und Sicherheit des Arbeitsplatzes, sie will die Wirtschaft in Gang bringen und will das Chaos ordnen, Recht und Gerechtigkeit fest fundieren, Wohnungen aus den Ruinen entstehen lassen, die Jugend in gemeinsamer Erziehung zur "reinen Menschenweisheit" Pestalozzis führen, mit einem Wort, sie will mitarbeiten.

Aber die SPD will und wird es nicht unter allen Umständen und Voraussetzungen tun. Sie hat ja den Wahlkampf mit bestimmten Zielen geführt, sie hat ein seit vielen Jahren bekanntes Programm und ist der Meinung, daß ihre Haltung und die Festigkeit, mit der sie dieses Programm verfolgt, ihr das Vertrauen der Wähler eingebracht haben. Sie hatten dieses Programm auch nicht um eines Dogmas willen, sondern weil sie nach eruster, immer erneut vorgenommener und überprüfter Erwägung weiß und sicher ist, daß die Politik der SPD geeignet wäre, Frieden und Wohlstand in Deutschland zu sichern oder doch zu entwickeln, nur die Politik der SPD, nicht die anderer Parteien.

Die SPD, die sich zahlenmäßig und in ihrer unveränderten politischen Haltung als die stärkste Partei in Deutschland darstellt, möchte mit allen den politischen Gruppen zusammenarbeiten, die guten Willens sind. Si mit die Kraft des Willens an der Bereitschaft, mit wirklich wirksamen Mitteln das Elend zu beheben, die Not zu beenden, die Verzweiflung in berechnete Hoffnung zu wandeln. Diese Gegenwart verlangt endgültige Lösungen, die Menschen und ihr Schicksal ertragen keine Halbheiten. Die ungewöhnliche Lage in Deutschland gebietet, daß nicht nur ein Schritt getan wird, sondern daß ein einmal betretener Weg jetzt bis zum Ende gegangen wird.

Wir meinen die Sozialisierung, die verwirklicht werden muß, wir meinen auch die Bodenreform, wir meinen eine auf die Gemeinschaft des Volkes gerichtete Kulturpolitik, wir meinen die Lösung der Flüchtlingsfragen, wir denken an den Staatsaufbau nach innen und außen, an das neue Staatsgrundgesetz, die Verfassung, wir meinen insbesondere auch die Voraussetzungen für eine echte Demokratie, für ein unabdingbares Recht des Parlaments der Volksvertretung, das durch niemand, auch nicht durch die Besatzungsmacht eingeschränkt oder eingeengt werden darf.

Die Sozialdemokratie wird in die neuen Landtage der britisch besetzten Zone mit dem festen Willen einziehen, die Verpflichtung genau zu beachten, die ihr durch das Wahlergebnis auferlegt wurden und die wird eine Mitverantwortung oder gar die alleinige Verantwortung für die Führung einer Landesregierung wahr übernehmen, wenn sie sicher ist oder den Umständen und Abreden nach sicher sein darf, daß ihr politischer Wille in der praktischen Regierungs- und Verwaltungsarbeit nicht verbergen wird. Sie hat gewisse Vorgänge in der Vergangenheit nicht vergessen und lernt aus ihnen.

Nur zu genau weiß gerade auch die SPD aus ihrer Erfahrung, daß die Politik die Kunst des Möglichen ist, daß sie eine politische Macht neben anderen und daß der Kompromiß die Quelle echten demokratischen Lebens ist. Aus diesem Wissen zog sie stets die Folgerungen. Aber sie weiß nicht minder und die politischen Ereignisse in Deutschland haben es sie nachdrücklich gelehrt, daß der Anspruch des Volkes auf Leben und Brot unübersteigbare Grenzen zieht. Sie liegen dort, wo der Forderung nach wirklichen Taten zum Neuaufbau der deutschen Volkswirtschaft ein unbegreifliches Nein entgegengestellt wird. Durch wird sie sich richten - um des Volkes willen.

Moskauer Fehlschlag

P.R. Da in Moskau selbst vor Beginn der Konferenz auffallend günstige Voraussagen gemacht wurden, und da die russischen Politiker in den Augen der deutschen Kommunisten immer recht haben, war dieser Tage bereits in einer vorweggenommenen Schlußbetrachtung zur Konferenz von der führenden KPD-Zeitung Westdeutschlands behauptet worden "... so ist das Ergebnis von Moskau für die vier Außenminister nicht unbefriedigend". Überall sonst spricht man ohne Scheu von einem klaren Fehlschlag. Er läßt sich nach unserer Meinung auch nicht, wie es die erwähnte kommunistische Zeitung tut, durch den tröstenden Hinweis wegdiskutieren, daß man vier Jahre brauchte, um den Westfälischen Frieden am Ende des dreißigjährigen Krieges zu schaffen.

Niemand war so naiv, einen fertigen Friedensvertragsentwurf für Deutschland von dieser Konferenz zu erwarten. Aber auch gemessen an bescheidensten Erwartungen bleibt das Ergebnis mehr als kümmerlich, ja, bei keiner der zahlreichen Konferenzen zwischen den siegreichen Mächten, während des Krieges und nach seinem Ende, war der Mißklang zwischen Aufwand und Erfolg so groß. Alles, was behandelt wurde, wird in einer späteren Konferenz noch einmal aufgegriffen werden müssen und nur in Ausnahmefällen wird man dabei auf einige schwankende Grundlagen zurückgreifen können, die in diesen sieben Wochen eines ständigen allseitigen Mißvergnügens geschaffen wurden. Auch der Einwand, die Konferenz sei schlecht vorbereitet gewesen, stimmt nicht. Eine besondere Zusammenkunft der stellvertretenden Außenminister, die ihrerseits in London viele Wochen miteinander berieten, hatte ausschließlich diesem Vorbereitungszweck gedient. Die alt bekannte Behauptung, das Wesentliche bei Konferenzen sei zumeist der persönliche Kontakt, die Schaffung einer Atmosphäre mit langwährenden und oft unwägbareren günstigen Auswirkungen, weniger aber die konkrete Abmachung überdies oder jenen Fragenkomplex, mutet im Falle Moskau wie eine unbeholfene Ausrede an.

Denk dort arbeitete man vielmehr in einer Atmosphäre ausgesprochenen Unbehagens und gegenseitigen Mißtrauens und es ist deprimierend, daß als einziges Ergebnis die Tatsache gewertet werden kann, daß die Gegensätze zwischen den Alliierten bisher noch nie so klar wie diesmal zutage getreten sind, so daß man nun wenigstens auf allen Seiten genau weiß, woran man ist. Die Russen hatten, wie gesagt, eine zuversichtliche Prognose gestellt, um ihren guten Willen zu demonstrieren. Es sollte niemanden wundern, wenn nun alsbald aus Moskau Stimmen auftauchen, die an jene fast heiteren Präludien anknüpfen und sagen: Wir haben immer das Beste gewollt, aber die anderen, die Leute aus dem Westen, haben es zu keiner Einigung kommen lassen.

Schon vor fünf Wochen schrieb die "N.Y. Times": "Was Rußland in Wirklichkeit vorschlägt, ist, daß ganz Deutschland für eine Generation zur Arbeit für die Russen eingespannt werden soll und daß die anderen Alliierten nicht nur ihre eigenen Reparationsansprüche aufgeben, sondern auch neue Mittel nach Deutschland hineinpumpen; die Rußland zugute kämen. Staatssekretär Marshall hat diesen Vorschlag glatt abgelehnt. Wenn Molotow es für richtig hält, auf diesem russischen Plan zu bestehen, so sind die Aussichten für eine Einigung in Moskau nicht rosig". So war und so ist es in der Tat. Daß dabei auch die russischen Unterhändler immer wieder auf die ungeheuren Schäden hinweisen konnten, die die Deutschen in Rußland während des Krieges angerichtet haben, Schäden, von denen die USA nichts verspürten, und daß sie auch eine gewisse formale Stütze ihrer Auffassungen in den veröffentlichten Geheimklauseln von Jalta haben, ist unbestritten. Aber Marshall und Bevin weigerten sich, allein aus diesen Gründen gegen die bessere eigene Einsicht von dem, was notwendig sei, offensichtlich unverdünnt zu handeln.

Praktisch ist also nichts erreicht worden. Das hatte seinen Grund nicht allein in der Schwierigkeit des deutschen Problems, sondern auch darin, daß der west-östliche Gegensatz so ungemein zahlreiche Reibungs-

flächen hat und sich in Moskau selbst das deutsch-europäische alsbald zum weltpolitischen Thema der Beziehungen der Alliierten untereinander ausweitete - wenn nicht auf der Tagesordnung und offiziell, dann doch in den Gesprächen zu zweien oder im kleinsten Kreise.

Welches aber sind die Folgen für Deutschland? Zu Beginn der sechsten Woche schrieb Stefan Döner im Daily Express: "Ich sehe keinen Ausweg, es sei denn, daß die Briten und die Amerikaner sich entschließen, das Industrieniveau ihrer Zonen festzusetzen, ohne auf die Zustimmung Frankreichs und der Sowjetunion zu warten. Das würde zwar ein weiterer Schritt auf dem Wege der Zersplitterung Deutschlands und der Teilung Europas in zwei Hälften sein, aber ich kann nicht sehen, wie dies noch vermieden werden soll." Die hier angedeutete Gefahr ist für Deutschland in der Tat die dringendste. Angesichts der russischen Forderungen ist sie es wirtschaftlich vielleicht sogar weniger als politisch. Sie ist es besonders deshalb, weil schon seit einiger Zeit Stimmen laut werden, die argumentieren: Gut, beschränken wir uns auf den Westen. Besser eine entschlossene Wendung nach der Seite, auf die wir hier nun einmal nach Lage der Dinge vor allem angewiesen sind und von der wir auch, trotz bitterer Erfahrungen der letzten Zeit, noch an ehesten Hilfsbereitschaft und Verständnis für unsere materielle Lage und auch für unser Bedürfnis nach persönlicher Sicherheit erwarten dürfen, als ein ewiges Schwanken, eine Unsicherheit ohne Ende.

Diese Sprache mag manchen verlocken und sie mag aus der augenblicklichen Not heraus auch verständlich sein. Aber die Aufgabe der politischen Parteien sollte es und die der SPD, so können wir versichern, wird es sein, gegen die große Gefahr dieser resignierenden Betrachtungsweise mit allen Mitteln anzugehen und bei jeder Gelegenheit für die Einheit einer künftigen deutschen Republik einzutreten, so schwer der augenblickliche Rückschlag im Kampf um diese Einheit auch sein mag. Eine unerläßliche Voraussetzung bleibt für uns freilich, daß es sich bei diesem deutschen Staat der Zukunft um eine echte Demokratie mit der Achtung vor den allgemeinen menschlichen und politischen Rechten der einzelnen Persönlichkeit handelt. Die Hoffnung, daß Moskau eine wichtige Etappe auf dem Wege zu diesem Ziel sein werde, hat getäuscht. Diese Enttäuschung darf aber nicht zum Nachlassen der Kräfte führen, sie muß vielmehr zum Ausgangspunkt verstärkter Anstrengungen werden, der politischen Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen. Die Möglichkeiten des deutschen Beitrages sind größer als man gemeinhin annimmt. Sie liegen vor allem in der Güte und der klugen unermüdelichen Handhabung überzeugender Argumente, auch wenn es zur Zeit noch so oft scheint, als sei diese Waffe der Demokratie stumpf geworden. Vielleicht, daß man dann doch aus der Niederung des jüngsten Fehlschlages in Moskau wieder herauskommt.

Kassandra-Ruf

"In Wahrheit sind im Laufe etwa dieses und des nächsten Jahres politische und wirtschaftliche Maßnahmen in einem Umfange nötig, wie sie bisher noch kein verantwortlicher Staatsmann auch nur anzudeuten gewagt hat. Um die Krise zu vermeiden, die Europa in den Abgrund stürzen und die ganze Welt ergreifen würde, werden sehr umfassende Maßnahmen nötig sein - in Europa nichts geringeres als eine wirtschaftliche Union und in Amerika zumindest etwas ähnliches wie eine Wiederbelebung der Pacht- und Leihlieferungen. Wenn die Krise aber nicht verhindert werden kann, so werden sich zu ihrer Überwindung noch weit umfassendere und gefährlichere Maßnahmen notwendig erweisen. Ich weiß, wie wenig willkommen diese Voraussagen sind. Ich möchte nur, sie wären so einleuchtend, wie sie wahr sind."

Walter Lippmann in "New York Herald Tribune".

Vom Recht besiegter Völker

Von Max Peters

Besiegte Völker sind nicht schutzlos dem Sieger ausgeliefert. Nach der Haager Konvention und der Landkriegsordnung von 1907 hat eine besetzende Macht dem besiegten Volke gegenüber bestimmte Rechtsgrundsätze zu beachten. Dieses in der ganzen Welt anerkannte Völkerrecht haben die Nazis verächtlich beiseite geschoben. Bei jedem Rechtsgefühl huldigten sie ihrem Grundsatz, dass alles was ihnen nützt, rechtens sei. Eine primitive und egoistische Auffassung, die einen Zustand dauernder Unsicherheit hervorrufen muss.

Es ist das grosse historische Verdienst des ersten Kriegsverbrecherprozesses in Nürnberg, dass er das klare Recht zwischen Sieger und dem von ihm besetzten Land wieder hergestellt hat. Und da dieses Urteil von dem höchsten internationalen Militärtribunal gefällt worden ist, soll es von allen Kulturen anerkannt und befolgt werden. In dem Urteil, das in Nr. 13 der "Wirtschafts-Zeitung" vom Legationsrat a. D. Dr. Eugen Budde jetzt erneut ans Licht der Öffentlichkeit gezogen wird, heisst es über die nationalsozialistische Ausplünderungsmethode der besetzten Länder: "Artikel 52 der Haager Konvention sieht vor, dass die Besetzungsmacht Naturalleistungen nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres fordern kann, und dass diese Forderungen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen müssen. Diese Artikel machen es klar, dass unter den Kriegsregeln das Wirtschaftssystem eines besetzten Landes nur zur Tragung der Besatzungskosten herangezogen werden kann, und dass diese nicht grösser sein dürfen, als billigerweise von der Wirtschaft des Landes zu erwarten ist."

Auf Grund eines Befehls Görings zur Demontage und Fortführung von Wirtschaftsgütern nach Deutschland "wurden", heisst es weiter, "landwirtschaftliche Erzeugnisse, Rohstoffe, die von deutschen Fabriken benötigt wurden, Maschinen, Werkzeuge, Verkehrsmittel, andere Fertigerzeugnisse und sogar ausländische Wertpapiere und Devisenguthaben beschlagnahmt und nach Deutschland gesandt. Diese Vermögenswerte wurden in einer Weise beschlagnahmt, die in keinerlei Verhältnis zu den wirtschaftlichen Kräften jener Länder stand, und führten zu Hungersnot, Inflation und einem lebhaften Schwarzen-Markt." In den Begründungen der Urteile gegen Rosenberg und Frank wurde gleichfalls auf den Artikel 52 der Haager Konvention in Verbindung mit der Landkriegsordnung von 1907 verwiesen.

Die bewusste Verletzung des Völkerrechts hat so durch eine rücksichtslose Anwendung des Grundsatzes "Macht geht vor Recht" in Nürnberg vor aller Welt ihre gerechte Sühne gefunden. Damit wurde aber zugleich die von den Nazis verletzte Haager Landkriegsordnung wieder zum geltenden Recht in der Welt erhoben, und ein besiegtes und besetztes Land darf somit verlangen, dass ihm der Schutz des Artikels 52 der Landkriegsordnung, dass "die Besetzungsmacht Naturalleistungen nur für die Bedürfnisse des Besatzungsheeres fordern kann, und dass diese Forderungen im Verhältnis zu den Hilfsquellen des Landes stehen müssen", wieder gewährt wird. Es handelt sich also um einen Rechtsanspruch eines besetzten Landes an den Sieger, der durch die Rede, die der Hauptankläger der Vereinigten Staaten von Amerika, Robert H. Jackson, am 4. Oktober 1946 in der Universität Buffalo gehalten hat, nachdrücklichst unterstrichen worden ist. "In Nürnberg ist", sagte Robert H. Jackson, "einstimmig festgestellt worden, dass diese Rechtsregeln Sieger und Besiegte binden."

Um alle möglichen Zweifel zu beseitigen, wurde gleich bei Beginn des Prozesses festgelegt: "Obwohl das Statut zuerst gegen die deutschen Angreifer angewendet wurde, betrifft und verurteilt es - wenn es überhaupt einen Zweck haben soll - auch den Angriff seitens aller anderen Staaten einschliesslich derjenigen, die sich hier als Richter versammelt haben.... Die Anklage hat einen hohen Standard vorbildlichen Verhaltens gegenüber anderen Nationenverlangt, als sie die Deutschen anschuldigte, einen Standard, mit dem das eigene künftige Verhalten beurteilt werden wird. Keine der anklagenden Nationen kann in ihrer eigenen Praxis diesen Standard vernachlässigen, ohne sich die Verurteilung und Verachtung der Zivilisation zuzuziehen. Es ist unbedingt notwendig, dass die Staatsmänner dort fortfahren, wo die Richter in Nürnberg aufgehört haben.... Was wir eines Tages erhoffen müssen, ist ein ständiger Gerichtshof, vor dem die Opfer einer Verfolgung Schutz anrufen können..." (b/B21/234/1/he)

Umshichtung der amerikanischen Bevölkerung

Von unserem ständigen Mitarbeiter in den USA S. Aufhäuser

In den meisten europäischen Ländern machen sich die Folgen des Weltkrieges in einer strukturellen Wandlung der Bevölkerung bemerkbar, eine weitgehende Verarmung hat sich vollzogen. In den Vereinigten Staaten von Amerika dagegen hat sich zwar das Heer der Arbeiter und Arbeiterinnen auch gewaltig vermehrt, aber die sichtbarste Folge der Kriegswirtschaft zeigt sich in der radikalen Veränderung der Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung in den einzelnen Staaten. Die Vorkriegsindustrie hatte kaum die Hälfte der Produktionskapazität, die notwendig geworden war, um eine Welt mit Waffen gegen das nazistische Barbarentum versehen zu können. Die neuen Fabriken für Rüstungsproduktion aber wurden aus den bisherigen Industriestaaten heraus in andere Staaten verlegt, die vorher kaum eine industrielle Produktion hatten.

So entstanden mächtige neue Industrie-Zentren. Eine gewaltige Wanderung der Industriearbeiter von Staat zu Staat war die unmittelbare Folge. Nach dem Abschluss des Krieges wurden einige der neu aufgegebenen Produktionsstätten geschlossen, während die meisten sich auf die Friedensproduktion umstellten und der grösste Teil der in Kriege eingewanderten Arbeiter nebst ihren Familien wählten den Aufenthaltsort aus der Kriegszeit zur permanenten Heimat im Frieden. Die Volkszählung vom Januar 1947 hat ergeben, dass sich durch diese gewaltige Wanderung der amerikanischen Industriearbeiter das Gewicht der Bewohnerzahl in den 48 Staaten völlig verlagert hat.

Die Einwohnerzahl der Vereinigten Staaten ist seit der letzten Volkszählung vom April 1940 in sieben Jahren von 131 auf 141 Millionen, genau um 7,3% gestiegen. Die Geburtenrate verhält sich zur Sterblichkeit wie 2:1, eine aufsteigende Entwicklung, wie sie heute ausser Russland keines der europäischen Länder aufzuweisen hat. Die Bevölkerungszunahme oder -abnahme in den einzelnen Staaten variiert von minus 14,5% bis plus 50,9%, je nachdem der natürliche Bevölkerungszuwachs durch Zu- oder Abwanderung kompensiert wurde. Die höchste Bevölkerungszunahme hatten die Staaten Kalifornien, Oregon und Washington, die im äussersten Westen des Landes liegen. Der Geburtenüberschuss in den drei Staaten war 750.000, die Zuwanderung aus anderen Staaten hatte 2.750.000 Personen gebracht, so dass heute unmittelbar an der Pazifischen Küste 36% mehr Amerikaner wohnen als vor dem Krieg. Auch die angrenzenden Gebirgsstaaten Utah, Nevada und Arizona haben eine hohe prozentuale Zunahme. Auf der anderen Seite haben die

Südstaaten, mit Ausnahme von Florida, die empfindlichsten Verluste durch Abwanderung aufzuweisen. Kentucky, Tennessee, Alabama und Mississippi haben fast eine Million, West-Virginia, Georgia und Carolina eine weitere Million Menschen an andere Staaten verloren. Arkansas und Oklahoma haben einen Emigrationsverlust von 750.000. In den Nord- und Zentralgebieten zeigen die Ferner-Staaten, wie Nord- und Süd-Dakota, Minnesota, Iowa, Missouri und Nebraska ebenfalls eine Abwanderung von tausenden ihrer Bewohner in industrielle Bezirke. In Nordosten haben industrialisierte Staaten wie Ohio, Indiana, Michigan neue Massen an sich gezogen. Eine Ausnahme bildet Illinois, das durch hohe Sterblichkeit den Einwanderungsgewinn absorbierte. Die Staaten New York und Pennsylvania hatten wohl mehr Abwanderung als Zuzug. Dagegen haben New Jersey, Connecticut, Rhode Island und Maryland wiederum Gewinne zu verzeichnen. Nur in Texas und Louisiana ist die Wanderung durch einen besonders hohen Geburtenüberschuss übertroffen worden.

Die Landbevölkerung hat durch die Kriegsveteranen wieder einigen Zuzug erhalten, doch wird die Landflucht damit keineswegs ausgeglichen. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass die amerikanische Landwirtschaft weitgehend mechanisiert ist und damit die Nachfrage nach Landarbeitern vermindert wird. Die Proportion der in Städten lebenden Bevölkerung ist nach dem Kriege in ganzen Land auf 60% angewachsen.

Die Entwicklungstendenz zeigt im Ganzen in Verbindung mit dem fortschreitenden Industrialisierungsprozess eine gewaltige Marktbelebung der Weststaaten an der Pazifischen Küste und der mittleren Atlantik-Gebiete und eine abgeschwächte Vitalität der Südstaaten. Mit der ständig wachsenden Industrialisierung wird die Arbeiterschaft dieses Landes, die bereits 60 Millionen Werktätige umfasst, zu einem entscheidenden Faktor in Wirtschaft und Gesellschaft. (b/A6/224/1/he)

Von Ueberschuss- zum Zuschussgebiet

Von unseren französischen Korrespondenten Alfred Frisch - Paris

Bis jetzt galt die französische Besatzungszone in Deutschland sozusagen als Ueberschussgebiet, d.h. ihre Verwaltung hat den französischen Staat nichts gekostet. Im Gegensatz zu den anderen westlichen Zonen überstieg die Ausfuhr die unentbehrlichen Einfuhren. Dieser, vom französischen Standpunkt aus gesehen günstige Zustand erlaubte der Pariser Regierung vorläufig der Zonenvereinigung ablehnend gegenüberzustehen.

Nach der Meinung der Internationalen Handelskammer, die dieser Tage die deutsche Frage einer gründlichen Prüfung unterzogen hat, besteht nunmehr die Wahrscheinlichkeit, dass auch die französische Besatzungszone in naher Zukunft von einem Ueberschuss zu einem Zuschussgebiet werden wird. Die Sonderkommission der Handelskammer, an deren Beratungen auch ein Vertreter der französischen Wirtschaft teilgenommen hat, erblickt daher in der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit, oder zumindest im Zusammenschluss der drei westlichen Zonen, eine unausweichliche Notwendigkeit. Sie rechnet damit, dass der französische Widerstand in Zukunft geringer sein wird als bisher. Es ist bezeichnend, dass der französische Vertreter die Vorschläge der Internationalen Handelskammer, die einen weitgehenden wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands fordert, gebilligt hat.

Die augenblicklichen Bestrebungen der französischen Behörden, die Verwaltungskosten in ihrer Besatzungszone wesentlich herabzusetzen, können in demselben Sinne verstanden werden. Eine Sparkommission hat die Verringerung des Besatzungsapparates von 90.000 auf 45.000 Mann gefordert. (b/AA 15/244/1/he)